



**Initiativen
für eine
andere Politik**

Kommunale Politikreform

Neue Wege in der Kommunalpolitik
Heft II

Impressum

- Herausgeberin:** Fraktion der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt
39104 Magdeburg, Domplatz 6 - 9
Telefon: 0391/560 5003
Telefax: 0391/560 5008
E-Mail: fraktion@pds.lt.lsa-net.de
Homepage: www.pdslsa-lt.de
- Redaktionsschluss:** Mai 2005
- Satz & Gestaltung:** Dr. Thomas Drzisga (v.i.S.d.P.)
- Druck:** Druckerei Lüders Halberstadt
- Auflage:** 500 Exemplare

Ohne kommunale Politikreform keine Bürgerkommune

1. Das Dreieck „Bürger - Politik - Verwaltung“ neu gestalten

Eine kommunale Politikreform ist bereits jetzt längst überfällig, zur Umsetzung des Bürgerkommunemodells wird sie jedoch unerlässlich.

In der Kommunalpolitik wirkt, wie bereits mehrmals angesprochen, das **Dreiecksverhältnis Bürger - Politik - Verwaltung**. Seit Beginn der 90er Jahre und nunmehr nach Abschluss der dritten Wahlperiode macht es sich auf kommunaler Ebene erforderlich, diese Dreiecksbeziehung nachzujustieren und neu zu bestimmen, denn sie ist offenkundig in die Schiefelage geraten. Im Folgenden wird, basierend auf empirischen Untersuchungen, dargestellt, worin die Hauptgründe dafür im Allgemeinen liegen.¹

Bürgerinnen und Bürger

Die Lebensbedingungen von Bürgerinnen und Bürgern haben sich seit Beginn der 90er Jahre entscheidend verändert. Zunehmend divergieren sie stärker auseinander - insbesondere zwischen jenen (einschließlich ihrer Familien), die einer Erwerbsarbeit nachgehen und jenen (einschließlich ihrer Familien), die von anhaltender Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Diese Spaltung der Gesellschaft und damit auch die Spaltung innerhalb der Kommune überschattet die positiv zu bewertende Tendenz einer wachsenden Vielschichtigkeit von Bedürfnis- und Interessenstrukturen und den daraus abzuleitenden Anforderungen an Kommunalpolitik. Nachgewiesen ist in empirischen Untersuchungen zudem, dass die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement tendenziell immer dann stärker ausgeprägt ist, wenn Engagementangebote projektbezogen und zeitlich befristet vorliegen.

¹ An dieser Stelle sei von der Autorin angemerkt, dass es starke Differenzierungen in den Kommunen gibt. Erst eine eigene Analyse wird die konkreten Stärken und Schwächen nachweisen.

Sehr allgemein gehaltene Aufforderungen zum Mitwirken oder eine zeitlich unbegrenzte Verpflichtung wollen vor allem „Engagement-einsteiger“ in der Regel nicht eingehen. Die Tatsache, dass die Politikverdrossenheit nunmehr auch die Kommunen erreicht hat, (das bekräftigen die Ergebnisse der Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen) erschwert, aber erfordert gleichzeitig auch neue Wege der Beteiligung von BürgerInnen und Bürger.

Verwaltung

Im Verlaufe der 90er Jahre hat sich die Verwaltung immer mehr von der Obrigkeits- zur Dienstleistungsverwaltung entwickelt. Unter dem Stichwort „Neues Steuerungsmodell“, welches sehr stark auf die Binnensicht reflektierte, wurde auf Effizienz der administrativen Abläufe abgezielt. Begleitet durch anhaltenden Personalabbau, Übernahme von betriebswirtschaftlichen Elementen und e-Government verdichteten sich Fach- und Ressourcenzentren und führten in der Regel zu schnellen Entscheidungsabläufen. Das erhöhte den Abstand bzw. den Vorsprung zwischen Verwaltung und KommunalpolitikerInnen und führte mehr und mehr zur Diskrepanz zwischen Ausschuss- und Verwaltungsstrukturen.² Hinsichtlich der Bürgerorientierung zielte das neue Steuerungsmodell insbesondere auf die Betrachtung des Bürgers als Kunde der Verwaltung. Die Bürgerkommune stellt die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt. Bürgermitwirkung zu ermöglichen und zu fördern, erfordert auch von der Verwaltung eine Neuausrichtung. Hier bietet sich die Gelegenheit, wichtige Schritte zwischen Verwaltung und Rat gemeinsam zu gehen und damit den Vorsprung ab- und nicht weiter auszubauen.

KommunalpolitikerInnen

KommunalpolitikerInnen sind heute mit der Tatsache konfrontiert, dass die Aufgaben immer komplexer werden und die getroffenen Entscheidungen vielfach langfristige Auswirkungen haben. Auf diese Entwicklung sind in den meisten Fällen weder die Abläufe der Ausschuss- noch die Fraktionsarbeit ausgerichtet.

² Vgl. u.a. Pröhl, Osner Ratsarbeit besser machen, Verlag Bertelsmann Stiftung S.16 ff

Bereits jetzt ist der Engpass Zeit eines der gravierenden Probleme für das kommunale Ehrenamt.

Politikverdrossenheit, Mediendemokratie und immer nachhaltiger das Internetzeitalter bestimmen die gesellschaftliche Wahrnehmung. Unter diesen Bedingungen wurden Verwaltungen mehr und mehr zu den eigentlichen Steuerungsorganen, während die Arbeit der KommunalpolitikerInnen sich mehr und mehr auf das „Zurückpfeifen oder Beschleunigen“ von Verwaltungsarbeit bezog und bezieht, wie es Pröhl und Osner in ihrer kommunalpolitischen Recherche im Rahmen des POLIS-Projektes resümierten.³

Gravierende Auswirkungen auf die Anforderungen im kommunalen Ehrenamt und auf ehrenamtliche Kommunalpolitik haben auch Gebiets- und Verwaltungsstrukturveränderungen. Nicht selten herrscht die Meinung vor, diese größeren Einheiten wären ehrenamtlich nicht zu bewältigen. Ins Zentrum der Fragestellung muss jedoch rücken, welches Profil das kommunale Ehrenamt erhalten muss, um dieser Herausforderung gewachsen zu sein.⁴

Trotz all dieser Entwicklungstendenzen haben sich inhaltliche, strukturelle, organisatorische und rechtliche Voraussetzungen kaum geändert.

Im Folgenden werden beispielhaft einige aktuelle Herausforderungen und die damit verbundenen Konsequenzen dargestellt.⁵

³ Vgl. Pröhl, Osner „Qualitätsfaktor Politische Steuerung“, Ergebnisse einer kommunalpolitischen Recherche 2001, S.17

⁴ Vgl. Leitbild „Kreisreform“, erstellt durch die PDS-Landtagsfraktion, dort wird eine kommunale Politikreform als eine der Voraussetzungen für die Bildung von Regionalkreisen bezeichnet

⁵ Anregungen dazu sind u.a. ausführlicher in „Die aktivierende Kommune“, „Qualitätsfaktor Politische Steuerung“ und „Ratsarbeit besser machen“, aber auch in den Beschlüssen des Berliner Landesverbandes der PDS zur Herausbildung von Bürgerkommunen nachzulesen.

2. Die wichtigsten aktuellen Herausforderungen an kommunale MandatsträgerInnen

- Wachsende Komplexität der kommunalen Aufgaben bewältigen;
- Durch Verknappung der Zeitressourcen im Ehrenamt mehr Effizienz der Ehrenamtsarbeit bewältigen;
- KommunalpolitikerInnen sind die Schaltzentralen zwischen Führung nach Innen und Kommunikation nach Außen, die alten Muster sind für die Herausbildung von Bürgerkommunen nicht mehr tauglich;
- Einzelne Fraktionen/Persönlichkeiten müssen sich nach wie vor profilieren, um gewählt/wiedergewählt zu werden. Die Umsetzung des Projektes Bürgerkommune erfordert darüber hinaus eine ausgeprägte Fähigkeit zur notwendigen Konsensfindung auch zwischen den Fraktionen, das setzt mehr Qualität im Politikmanagement voraus;
- Die weitere Auseinanderentwicklung zwischen Verwaltung und KommunalpolitikerInnen muss eingedämmt werden, neue Formen des effizienten Wissenserwerbs und andere Formen der Kooperation zwischen Verwaltung und Politik sowie angepasste Verwaltungs- und Ausschussstrukturen müssen den inhaltlichen Anschluss an die Verwaltung sichern; die Zielorientierung hin zum Bürger muss auf der Basis eines neuen Vertrauensverhältnisses zwischen Verwaltung und KommunalpolitikerInnen beruhen;
- Insbesondere durch Leitbilderstellung und Strategieentwicklung ist die Steuerungsfunktion wieder verstärkt durch die Kommunalpolitik wahrzunehmen; das setzt voraus, dass von der Alltagsarbeit zum strategischen Vordenken übergegangen wird bzw. deren Relationen sich zu Gunsten konzeptioneller Arbeit verändern;
- Bei der Strategieentwicklung sind Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen, das zieht zeitliche, personelle und finanzielle Konsequenzen nach sich;
- Information und Transparenz müssen über ein Informationsmanagement freigesetzt werden.

3. Neue Herausforderungen erfordern neue Binnensicht der Fraktionen

- Veränderung beginnt bei der Führung, das bedeutet vor allem Ausrichtung der Fraktionsführung auf strategische Arbeit und Sicherung einer effizienten Fraktionsarbeit. Das setzt mehr Strategiefähigkeit und methodische Kompetenzen, nicht zwingend umfassendes Fachwissen voraus. (Die Herausbildung von Führungsfähigkeiten wird im Rahmen von Weiterbildungen sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung extrem vernachlässigt, gewinnt aber zweifelsfrei an Bedeutung.)
- Zeit für politische Strategien und für Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen „freischaufeln“; dazu bedarf es der Reduzierung zeitraubender Mehrfachinformationen zu gleichen Sachverhalten.
- Bewusste Heranführung von Fraktionsmitgliedern an Eigenverantwortung;
- Fach- und ausschussbezogene Arbeitskreise der Fraktionen unter Mitwirkung von BürgerInnen und Bürgern einrichten (auch unter dem Blickwinkel der KandidatInnengewinnung und -einbeziehung in die Facharbeit);
- Langfristige Kandidatengewinnung unter Beachtung breiter Präsenz der Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch unter dem Blickwinkel oben dargestellter Gefahr sozialer Ausgrenzung.

4. Qualitäten des „idealen“ Kommunalpolitikers/der „idealen“ Kommunalpolitikerin: Nur bescheiden und fleißig?

Aktuelle Umfragen ergaben Schlüsselqualitäten der/des „idealen“ Kommunalpolitikerin/s, die im folgenden unter dem Blickwinkel der Herausbildung von Bürgerkommunen ausgewählt wurden:

- Bereitschaft, Zeit zu investieren;
- Gemeinwohlorientiertheit (keine zu strikte Parteibindung);
- Soziale Kompetenzen, insbesondere für den Umgang mit engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern, sowie mit Betroffenen in zugespitzten Konfliktlagen;
- Lernfähigkeit und anhaltende Lernbereitschaft zur Herausbildung der notwendigen Fachkompetenzen;
- Fähigkeit zum Selbstmanagement, um Schwerpunkte zu setzen und effizient mit der Zeit umgehen zu können;
- Fähigkeit der Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit;
- Gewisses Maß an Leidensfähigkeit, ein dickes Fell haben;
- Offenheit bei der Lösungssuche;
- Mit Macht verantwortungsvoll umgehen können;
- Zuhören können, eigene Position klar darstellen können.

Innerhalb einer Fraktion sind sowohl der „anonyme Fachmensch“ als auch der „bekannte Generalist“ erforderlich.

5. Vereinbarungen zur Zusammenarbeit von KommunalpolitikerInnen und Verwaltung treffen

Mit solchen Vereinbarungen geht es u.a. um folgendes:

- Transparentes und verständliches Berichtswesen, insbesondere zu Fragen der Umsetzung des Projektes Bürgerkommune (Regeln vereinbaren);
- Nutzung neuer Medien, z.B. bei der Bereitstellung von Informationsmaterial;
- Gemeinsame Fortbildung von mit MandatsträgerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen sichern;
- MandatsträgerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen in Projekte mit bürgerschaftlicher Beteiligung einbeziehen;
- Neue Wege zur Informationsaufbereitung - auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen;
- Bündelung und Bereitstellung von Verwaltungskompetenz für MandatsträgerInnen;
- Konfliktmanagement und Streitkultur verbessern;
- Vorschläge und Vorlagen mit Alternativen versehen, Positionen gesellschaftlicher Akteure abfordern und kenntlich machen.

6. Zusammenfassung

- Um das Leitbild Bürgerkommune zu verwirklichen, bedarf es zwingend einer längst überfälligen kommunalen Politikreform. Im Kräftedreieck Bürger - Politik - Verwaltung müssen die KommunalpolitikerInnen aktiv werden. Sie müssen aus der vorherrschenden „Ohnmachtsrolle“ - Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger und abgegebene Steuerungshoheit an die Verwaltung - zur Aktivrolle übergehen. Dafür bietet der Ansatz Bürgerkommune eine neue Möglichkeit.
- Um eine kommunale Politikreform einleiten zu können, bedarf es der Stärken-Schwäche- Analyse in den einzelnen Fraktionen, bezogen auf das ganz konkrete Kräftedreieck Bürger - Politik - Verwaltung in der jeweiligen Kommune.
- Insbesondere bedarf es jedoch auch einer politischen Willensbildung und Strategie im Landesverband:

Basisorganisationen müssen selbst Öffnungskultur leben und engagementorientiert arbeiten.

Kreis- und Stadtvorstände müssen das Projekt (mit)tragen und aktiv gestalten.

Der Landesvorstand sollte die Diskussion im Landesverband durch die Herbeiführung konkreter Beschlusslagen steuern.

Die Landtagsfraktion muss ihre Aktivitäten darauf ausrichten, die finanziellen, rechtlichen und funktionalen Rahmenbedingungen für die Herausbildung von Bürgerkommunen einzufordern.

Parteiahe Stiftungen können u.a. durch die Erstellung von Leitfäden und das Anbieten von Wissensbörsen unterstützend wirksam werden. Neue Formen der Weiterbildung für kommunale MandatsträgerInnen sollten stärker auf das sehr begrenzte Zeitlimit von KommunalpolitikerInnen ausgerichtet sein.

Beschlüsse und Aktivitäten führen jedoch nur zum Erfolg, wenn die kommunalen MandatsträgerInnen zu der Überzeugung gelangen, dass die Qualität ihrer eigenen Arbeit der Schlüssel bei der Herausbildung von Bürgerkommunen ist.

Kontakt

Fraktion der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt

Dr. Helga Paschke, Mitglied des Landtages

Telefon: 0391/560 1010

E-Mail: paschke@pds.lt.lsa-net.de

www.pdslsa-It.de